



Interviews

Datum: 04. März 2024

Josephine Paul, Integrationsministerin von Nordrhein-Westfalen, Bündnis 90/ Die Grünen, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 352.000 Asylanträge gestellt. Das ist der dritthöchste Wert in den letzten 30 Jahren. Drei Viertel der Antragssteller waren Männer, mehr als die Hälfte unter 25 Jahren, die Schutzquote betrug 45 Prozent. Am Mittwoch beraten die Ministerpräsidentinnen und Präsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler über die weitere Asylpolitik. Nachdem die Grünen eingelenkt hatten, hat das Bundeskabinett am Freitag beschlossen, dass die geplante Bezahlkarte mit einem Bundesgesetz abgesichert wird. Mit der Karte soll etwa verhindert werden, dass Asylbewerber Geld an Schlepper oder an ihre Familien oder Freunde ins Ausland überweisen. Der bayerische Regierungschef und CSU-Vorsitzende Markus Söder fordert einen sofortigen Richtungswechsel in der Asylpolitik. Nach seinen Vorstellungen sollen etwa Asylbewerber erst nach frühestens fünf statt nach drei Jahren volle Sozialleistungen erhalten. Und diskutiert wird auch über eine Arbeitspflicht für Asylbewerberinnen und Bewerber. Ein Landkreis in Thüringen hatte diese kürzlich eingeführt. Am Telefon ist Josefine Paul, Bündnis 90/Die Grünen, die Integrationsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen. Guten Morgen.

Josefine Paul: Guten Morgen.

Heinemann: Frau Paul, beginnen wir mit letzterem. Sollten Asylsuchende in Deutschland zur Arbeit verpflichtet werden?

Paul: Die Möglichkeit für gemeinnützige Arbeit besteht ja längst im Asylbewerberleistungsgesetz. In Paragraph fünf ist diese Möglichkeit eröffnet. Das heißt: Kommunen können auch heute dieses Instrument zum Einsatz bringen. Natürlich hat das auch was damit zu tun, dass man das anschließend auch administrieren muss. Deswegen tun das unter Umständen Kommunen auch nicht. Ich glaube, neben der Diskussion um die Frage einer Arbeitspflicht müssen wir uns aber auch damit auseinandersetzen, wie wir Menschen, die zu uns gekommen sind, schneller in den regulären Arbeitsmarkt integrieren, die Frage der Anerkennungsverfahren für ausländische Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen, wie wir flexibler werden in der Frage der Integrations- und Sprachkurse und auch dort bereits früh anfangen, bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit Sprachkursen beginnen, mit ersten Maßnahmen beginnen und mit der Frage der Potenzialerhebung.

Heinemann: Zu meiner Frage noch mal zurück. Sollten Asylsuchende verpflichtet werden, ja oder nein?

Paul: Diese Möglichkeit gibt es ja schon mit dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ich sehe an der Stelle keine Notwendigkeit.

Heinemann: Sie sagen, „könnten“. Aber die Frage ist ja, sollten beziehungsweise müssten sie dann arbeiten?

Paul: Es gibt rechtliche Regelungen. Ich sehe keine Notwendigkeit dafür, über den Paragraphen fünf des Asylbewerberleistungsgesetzes weitere Klarstellungen vorzunehmen. Es ist so vorgesehen im Asylbewerberleistungsgesetz. Davon kann Gebrauch gemacht werden.

Heinemann: Wir wollen hören, was der CDU-Landrat Christian Herrgott des thüringischen Saale-Orla-Kreises bei uns im Deutschlandfunk am Samstag gesagt hat, der ja Asylbewerber in den Gemeinschaftsunterkünften des Kreises zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet hat:

O-Ton Christian Herrgott: „Wir möchten diejenigen, die zu uns kommen und die ja mindestens in den ersten drei Monaten nicht arbeiten dürfen nach den Gesetzlichkeiten, sofort abholen und auch in eine Tagesstruktur und in eine sinnvolle Tätigkeit bringen, und danach die Möglichkeiten schaffen, dass sie auch zügig, wenn es rechtlich möglich ist, in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Denn jeder, der nicht von Sozialleistungen leben muss, sondern sein Leben selbst bestimmen kann, ist für uns aus unserer Sicht ein großer Vorteil.“

Heinemann: Frau Paul, wenn Arbeit ein Mittel zur Integration ist, was spricht dann gegen eine Arbeitspflicht?

Paul: Es gibt heute schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen zumindest des Landes Nordrhein-Westfalen tagesstrukturierende Maßnahmen, die genau auf diese Dinge abzielen, nämlich auch den Spracherwerb frühestmöglich zu unterstützen. Wir wollen jetzt Projekte auch noch mal forcieren, in denen bereits in Landeseinrichtungen die Qualifikationen der Geflüchteten aufgenommen werden, damit genau das schnell erfolgen kann, was ja auch der Landrat gerade gesagt hat. Wir wollen die Menschen schnell abholen, wir wollen sie schnell in den Arbeitsmarkt bringen, und dazu brauchen wir eine Qualifizierungs-, eine Anerkennungsberatung, dazu brauchen wir flexible Sprachangebote, weil in der Tat: wir brauchen Fach- und Arbeitskräfte und Menschen, die selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das ist ein Gewinn für beide Seiten.

Heinemann: Sie sind klar gegen eine verpflichtende Arbeit für Asylbewerberinnen und Asylbewerber? Habe ich Sie richtig verstanden?

Paul: Es gibt eine gesetzliche Regelung, die bereits alle Möglichkeiten eröffnet, dass Kommunen auch Geflüchtete zur Arbeit heranziehen können. Unser Fokus muss aber doch darauf liegen, Menschen in qualifizierte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu integrieren, weil wir Fach- und Arbeitskräfte auch brauchen.

Heinemann: Also klares Nein zur Arbeitspflicht. – Der Deutsche Städtetag forderte die Länder auf, gemeinsame Regeln für die Bezahlkarte jetzt zu finden. Andernfalls drohe ein Flickenteppich. Das sagt Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Wird es eine einheitliche Regelung geben?

Paul: Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hat sich ja im November auf die Einführung einer Bezahlkarte verständigt. Jetzt haben 14 Bundesländer sich geeinigt, dass es eine gemeinsame Ausschreibung geben soll. Das bundesweite Vergabeverfahren ist jetzt auf dem Weg. Das heißt, es gibt bundeseinheitliche Mindeststandards, auf die man sich verständigt hat, und eine Klarstellung im Gesetz soll jetzt auch auf den Weg gebracht werden. Das heißt, es ist alles auf dem Weg, um diese Bezahlkarte, die ja vor allem einer Verwaltungsvereinfachung dient, aber auch der Verschlankung von Prozessen für Verwaltung für Leistungsempfänger*innen, um das jetzt auf den Weg zu bringen.

Heinemann: Frau Paul, dort wo die Bezahlkarte eingeführt wurde berichten Landratsämter, etwa das im thüringischen Eichsfeld davon, dass Asylsuchende wegziehen. Was sagt das aus über die Verfolgung, den eigentlichen Asylgrund?

Paul: Ich glaube, es gibt unterschiedliche Modelle, die wir da heranziehen können. Es gibt den Landkreis Eichsfeld, der diese Erfahrungen zumindest kolportiert. Es gibt aber auch die Erfahrungen der Stadt Hannover, die ja auch eine Bezahlkarte eingeführt hat, die davon berichten, dass damit die Auszahlungsprozesse für die Verwaltung, aber auch für die Leistungsempfänger*innen schlanker gestaltet werden konnten, dass die Prozesse digitaler gestaltet werden konnten und im Grunde genommen auch für beide Seiten Vorteile bieten.

Heinemann: Aber was sagt das aus, wenn Leute wegziehen, weil sie die Bezahlkarte nicht haben wollen, weil sie lieber Bargeld hätten?

Paul: Ich glaube, das muss man jetzt sich genau anschauen, wie im Einführungsprozess das gehandhabt wird. Ich bin der Meinung, dass es gut ist, wenn insbesondere für diejenigen, die sonst in Schlangen stehen müssen, um ihr Bargeld zu bekommen, es gut ist, die Verfahren digitaler und schlanker zu gestalten. Das entlastet die Verwaltung, das unterstützt aber auch den Zugang von Leistungsempfänger*innen zu ihren Leistungen.

Heinemann: Frau Paul, die „Welt am Sonntag“ berichtete, die geplante europäische Asylrechtsreform werde die Weiterwanderung von Asylzuwanderern nach Deutschland erleichtern, denn beim Grenzverfahren sollen die jeweiligen Staaten nur 15 Monate lang für abgelehnte Bewerber zuständig sein. Und wenn dann nach dieser Zeit ein Antrag in einem anderen EU-Staat gestellt werde, dann gelte der als ein neuer Antrag. Was wäre mit dieser Regelung für Deutschland gewonnen?

Paul: Die Verhandlungen auf europäischer Ebene laufen ja noch. Es zeigt sich deutlich, dass wir eine gemeinsame europäische Lösung für Migrationsfragen brauchen – eine Lösung, die auch darauf abstellt, dass wir einen solidarischen Verteilmechanismus brauchen, dass wir gemeinsame Anstrengungen brauchen für die Dualität von Humanität und Steuerung.

Heinemann: Die Reform, die die Anzahl verringern soll, wird möglicherweise zu höheren Zahlen führen. Können Sie die Logik dieser Politik erklären?

Paul: Das wird sich jetzt zeigen müssen im weiteren Verlauf. Erst mal ist es ja gut und richtig, dass ein Einstieg damit auch geschafft worden ist, dass Europa die Kraft aufbringen kann, sich gemeinsam auf bestimmte migrationspolitische Standards zu verständigen. Jetzt wird man sehen müssen, dass in der Ausgestaltung es auch dazu führt, dass es zu einer verbesserten Zusammenarbeit kommt, dass es zu einer verbesserten Solidarität kommt und auch zu einem Verteilmechanismus in der Perspektive, der gleichermaßen alle Länder mit in die Pflicht nimmt.

Heinemann: Prinzip Hoffnung?

Paul: Ich glaube, das ist das, worauf wir uns als Europäische Union auch verständigen müssen. Es braucht einen gemeinsamen migrationspolitischen Rahmen, der auch auf die Dualität von Humanität und Steuerung abhebt, der darauf abhebt, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, die auch alle europäischen Mitgliedsstaaten mit zu tragen haben.

Heinemann: Deutschlands nördlicher Nachbar ist Dänemark. Während Deutschland 2023 einen Anstieg der Asylantragszahlen verzeichnete, und zwar einen deutlichen, meldete Kopenhagen einen Rückgang. Während die AfD in Deutschland Rekordwerte in Umfragen erzielt, fuhr die rechtspopulistische Dänische Volkspartei, die früher einmal auf 20 Prozent der Stimmen kam, bei der letzten Wahl drei Prozent ein, ihr schlechtestes Ergebnis seit ihrer Gründung. Was könnte Deutschland von Dänemark lernen?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Paul: Ich glaube, man muss sich immer sehr genau die unterschiedlichen Begebenheiten ansehen. Es gibt auch nicht immer nur einen kausalen Grund für Wahlergebnisse hier oder dort. Dementsprechend müssen wir unsere Hausaufgaben hier machen. Es geht um die Frage des Demokratieerhalts, um die Frage der offenen Gesellschaft. Wir erleben im Moment, dass hunderttausende Menschen auf die Straße gehen, um sehr deutlichzumachen, dass sie nicht die schweigende Mehrheit sind, die die AfD immer versucht, für sich zu vereinnahmen, sondern dass sie die nicht schweigende, die sichtbare, die hörbare Mehrheit aus der Mitte der Gesellschaft sind, die für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit und für die offene Gesellschaft eintreten.

Heinemann: Weniger Asylbewerber und weniger Rechtspopulismus in Dänemark. Besser dort oder hier?

Paul: Ich glaube, dass das eine zu einfache Kausalität ist, und trotzdem müssen wir Migrationsprozesse natürlich in der Dualität aus Humanität und Steuerung gestalten. Das bedeutet einerseits, dass die Bundesregierung auch deutlich gefordert ist, hier weitere Schritte zu gehen, insbesondere bei der Frage beispielsweise von Migrationsabkommen, einerseits legale Wege zu eröffnen und gleichzeitig die Rücknahmebereitschaft wesentlicher Herkunftsländer für abgelehnte Asylbewerber zu erhöhen. Das entlastet auch das Asylsystem, weil nicht für jeden Menschen das Asylsystem der richtige Rechtsrahmen ist. Aber legale Wege zu eröffnen, unterstützt auch unseren Bedarf an Fach- und Arbeitskräften, den wir dringend brauchen in Handwerk, in Industrie, in der Gastronomie oder im Gesundheits- und Sozialbereich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.